die Zahl der Zulassungen von Neufahrzeugen sowie die Umrüstung von Gebrauchtfahrzeugen mit dem umweltfreundlichen Alternativkraftstoff Autogas gehabt, denn höhere Preise für LPG an den Zapfsäulen wären die Folge gewesen und das hätte der Attraktivität des Kraftstoffs erheblich geschadet. Für den Kraftstoff Erdgas, so schätzen Experten der Mineralölbranche, hätte eine weitere Verteuerung sogar das Aus bedeutet, denn Erdgasfahrzeuge finden schon jetzt nur schwer einen Käufer. Zu wenig Erdgas-Tankstellen, so gut wie keine Nachrüstungsmöglichkeit sowie ein höherer Anschaffungspreis haben dazu beigetragen, dass diese Fahrzeuge sich in den europäischen Ländern nicht durchsetzen konnten.

Autogasfahrer müssen die Zapfpistole nicht stecken lassen, der umweltfreundliche Kraftstoff bleibt auch in Zukunft günstig.

Autogas wäre erheblich teurer geworden

Trotz großer Vorteile für die Umwelt, die die Nutzung von Kraftstoffen wie LPG und CNG im Vergleich zu Benzin und Diesel mit sich bringt, wollten die EU-Finanzminister den Gasfahrern tief in die Tasche greifen: zirka 20 Cent mehr für den Liter LPG und mehr als 30 Cent Aufpreis für das Kilogramm CNG sollten an der Tankstelle bezahlt werden, wenn der Vorschlag der EU-Kommission wie eingereicht umgesetzt worden wäre. Dem schob das EU-Parlament jetzt einen Riegel vor.

Im Sprachgebrauch der europäischen Behörden klang das natürlich ganz anders: Hier war von der „Abstimmung über die Änderung der Energiesteuerrichtlinie (Richtlinie 2003/96/EG)" die Rede, die auf einen Vorschlag der Kommission vom 13. April 2011 zurückgeht und zum Ziel hat, „die Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen auf die neuen Ziele der europäischen Energie- und Klimapolitik abzustimmen." Was sich auf den ersten Blick in feinstem Beamtendeutsch recht vernünftig anhört, hätte für den Autofahrer zur Folge gehabt, dass auch Diesel erheblich teurer geworden wäre und Erdgas und Autogas keine Preisvorteile gegenüber Benzin mehr aufgewiesen hätten.

Da verwundert es nicht, dass die Parlamentarier gesunden Menschenverstand angesichts der wirtschaftlichen Lage in Europa haben walten lassen. Eine weitere Erhöhung der Steuern auf Kraftstoffe wäre den Wählern in den heimatlichen Wahlkreisen wohl nur schwer vermittelbar gewesen.